

WELCHE ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT DER ZUKUNFT ?

Ruedi Berli, Gemüsebauer, Vize-Direktor Uniterre

« Avenir Suisse », die Denkfabrik der Schweizer Wirtschaft hat am 7. September rechtzeitig zur Abstimmung über die Agrarinitiativen vom 23. September ihre Vision « Agrarpolitik mit Zukunft » eingebracht. "Avenir Suisse", welche von den grossen Schweizer Wirtschaftsunternehmen finanziert wird, stellt klar wohin es gehen soll. In einem grossen Rundumschlag werden viele reale problematische Punkte der Schweizer Landwirtschaft aufgegriffen, aus dem Zusammenhang eines globalen Ernährungssystem genommen und als Grundlage für eine Breitfront gegen eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft benutzt.

Folgende Punkte aus dem Forderungskatalog stechen dabei hervor: Totaler Freihandel für Agrargüter, Beschleunigung des Strukturwandels durch Aufgabe der Direktzahlungen, weniger Auflagen an die Landwirtschaft, Auflösung des bäuerlichen Bodenrechts.

Der **Freihandel** für Agrargüter bedroht in der Schweiz und weltweit bäuerliche ressourcenschonende, tierfreundliche, soziale Landwirtschaft zugunsten einer industrialisierten Produktion welche heute Billigprodukte auf den Weltmarkt bringt. Diese Billigprodukte gehen aber auf Kosten von Klima, gesundem Boden, Tierwohl, schonendem Umgang mit Ressourcen. Das Argument ist weiter unhaltbar weil die Schweiz schon heute weltweit am Meisten pro Einwohner importiert, also das am wenigsten abgeschottete Land der Welt ist.

Der **Strukturwandel** das heisst die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft bringt heute mehr Spezialisierung, mehr Mechanisierung, mehr Verschuldung und macht die Bauern zu Working Poors. Dabei bleibt auch die natürliche und kultivierte Vielfalt auf der Strecke. Doch "Avenir Suisse" ist diese tägliche Zerstörung von drei Bauernhöfen in der Schweiz nicht genug, der Strukturwandel soll beschleunigt werden.

Die **Direktzahlungen** sollen aufgehoben werden. Das Projekt von "Avenir Suisse" bedroht damit ganz bewusst die dezentrale Besiedelung der Bergregionen. Die Lockerung der Auflagen bedeutet dass die multifunktionalen, ökologischen und gesellschaftlichen Leistungen, zugunsten unternehmerischer Freiheit geopfert werden sollen. Die Konsequenzen wurden weiter oben schon genannt.

Mit der **Auflösung des bäuerlichen Bodenrechts** soll schlussendlich das Kulturland der Spekulation und dem Finanzmarkt überlassen werden. Dieser Zugriff der Spekulanten auf die landwirtschaftlichen Flächen würde das Ende unserer Kulturlandschaft und der Versorgungssicherheit bedeuten.

Teile dieses Projekts, vor Allem in Bezug auf die Freihandelsabkommen waren schon in der Gesamtschau des Bundesrates zu finden. Die inhaltliche Nähe zu derartigen Thesen stimmt bedenklich, angesichts der existenten Verfassungsgrundlagen und der Erwartung der Bevölkerung auf ein verantwortungsvolles Handeln der Regierung.

Die Tatsachen, welchen sich auch die Schweizer Wirtschaft stellen muss, sind die Herausforderungen für eine resilientes, ressourcenschonendes Ernährungssystem, welches den Planet kühl und die Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln langfristig sichert.

"Avenir Suisse" wäre gut beraten sich mit dem Weltagrarbericht aus dem Jahre 2008 gründlich auseinanderzusetzen. Dessen Schlussfolgerung ist eindeutig :

Die Industrialisierung der Ernährungssysteme und der Landwirtschaft ist keine Option !

Statt dessen wollen wir eine kleinstrukturierte, vielfältige, in regionalen Wirtschaftskreisläufen eingebettete, nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft. Genau da setzt die Initiative für Ernährungssouveränität an, indem sie die nötigen Voraussetzungen für die Entwicklung dieser Landwirtschaft der Zukunft schafft. Ernährungssouveränität bedeutet Demokratisierung der Ernährungssysteme und ist die Alternative zu den dystopischen Ideen von "Avenir Suisse".

Dass dabei die Schweizer Produktion als zu teuer dargestellt wird, entspricht keinerlei Tatsache, geben doch nirgends auf der Welt die Konsumenten prozentual so wenig Geld für Ernährung aus wie in der Schweiz. Dass dabei die Produzenten ihre Kosten nicht decken können und ihr Einkommen weit unter dem Durchschnittseinkommen liegt, während die Margen der Grossverteiler Rekorde erreichen ist ein Skandal dem die Initiative für Ernährungssouveränität endlich Abhilfe schaffen will.